

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1989

Ausgegeben am 29. Dezember 1989

267. Stück

- 652. Bundesgesetz:** Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967
(NR: GP XVII RV 1126 AB 1168 S. 124. BR: AB 3780 S. 523.)
- 653. Verordnung:** Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz und dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1990

**652. Bundesgesetz vom 12. Dezember 1989,
mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz
1967 geändert wird**

(§§ 9 a bis 9 d) Anspruch auf einen Familienzuschlag von monatlich 200 S für jedes sich ständig im Inland aufhaltende Kind, für das ihnen Familienbeihilfe gewährt wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 733/1988, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 3 lit. d lautet:

„d) deren Pflegekinder (§§ 186 und 186 a des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches).“

2. § 8 Abs. 2 bis 4 lautet:

„(2) Die Familienbeihilfe beträgt für jedes Kind monatlich 1 300 S. Die Familienbeihilfe erhöht sich für jedes Kind ab Beginn des Kalenderjahres, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 250 S.

(3) Die Familienbeihilfe einer Vollwaise (§ 6) beträgt monatlich 1 300 S; sie erhöht sich ab Beginn des Kalenderjahres, in dem die Vollwaise das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 250 S.

(4) Für jedes Kind, das erheblich behindert ist, erhöht sich die Familienbeihilfe monatlich um 1 550 S.“

3. Nach § 8 sind die §§ 9 bis 9 d einzufügen, die lauten:

„§ 9. Zusätzlich zur Familienbeihilfe haben Personen unter den folgenden Voraussetzungen

§ 9 a. Der Anspruch auf Familienzuschlag steht zu, wenn das Einkommen des auf die Familienbeihilfe Anspruchsberechtigten und seines Ehegatten (Lebensgefährten) folgende Grenze nicht überschreitet: bei Familien mit einem Kind jährlich 96 000 S; für jedes weitere Kind erhöht sich diese Grenze um jährlich 18 000 S. Die vorstehende Grenze gilt auch für Alleinerzieher, Vollwaisen (§ 6 Abs. 1 und 2) oder Kinder nach § 6 Abs. 5.

§ 9 b. (1) Das Einkommen bildet den Gesamtbeitrag der steuerpflichtigen Einkünfte gemäß § 2 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes 1988, BGBl. Nr. 400, die die im § 9 a genannten Personen in dem Kalenderjahr bezogen haben, das vor dem Kalenderjahr liegt, für das der Antrag auf Familienzuschlag gestellt wird, zuzüglich jener Einkünfte, die gemäß § 3 Abs. 1 Z 1, 4 a, 5 a bis c sowie d, soweit es sich um eine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes handelt, 8 bis 11 und 22 bis 24 des Einkommensteuergesetzes 1988 steuerfrei sind.

(2) Der Ermittlung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ist § 41 Abs. 4 des Einkommensteuergesetzes 1988 zugrunde zu legen.

(3) Bei Personen, die zur Einkommensteuer veranlagt werden, ist zur Feststellung des Einkommens der Einkommensteuerbescheid oder die Einkommensteuererklärung des Jahres heranzuziehen, das vor dem Jahr liegt, für das der Antrag auf Familienzuschlag gestellt wird. Wenn diese Unterlagen noch nicht vorliegen, hat der Antragsteller die Höhe des Einkommens glaubhaft zu machen.

(4) Ein Verlustausgleich zwischen den Einkünften der Ehegatten (Lebensgefährten) ist nicht zulässig. Unterhaltsleistungen zwischen geschiedenen Ehegatten gelten beim Leistungsempfänger insoweit als Einkommen nach Abs. 1, als sie mehr als 40 000 S jährlich betragen.

§ 9 c. (1) Der Familienzuschlag wird auf Antrag gewährt. Für den Antrag sind amtliche Vordrucke aufzulegen und zu verwenden. Der Antrag ist in zweifacher Ausfertigung im Wege des Dienstgebers oder der auszahlenden Stelle (§ 17 Abs. 2) beim Wohnsitzfinanzamt einzubringen. In dem Antrag hat der Antragsteller zu erklären, daß im abgelaufenen Kalenderjahr die Einkommensgrenzen gemäß § 9 a nicht überschritten wurden. Eine Ausfertigung hat der Dienstgeber oder die auszahlende Stelle dem Wohnsitzfinanzamt, versehen mit der Angabe über die Höhe des laufenden Bruttomonatsbezuges des Antragstellers, zu übermitteln. Auf der zweiten Ausfertigung hat der Dienstgeber oder die auszahlende Stelle die Weiterleitung des Antrages an das Wohnsitzfinanzamt zu vermerken; diese Ausfertigung verbleibt bei der Familienbeihilfenkarte. In den Fällen des § 24 ist der Antrag unmittelbar beim Wohnsitzfinanzamt einzubringen.

(2) Auf Grund des Antrages und der Erklärung des Antragstellers (Abs. 1) haben die Dienstgeber und auszahlenden Stellen den Familienzuschlag gemeinsam mit der Familienbeihilfe auszusahlen. Gleiches gilt für die Abgabenbehörden, die die Familienbeihilfe gemäß § 24 auszahlen. Die Dienstgeber haben den Eingang und die Weiterleitung des Antrages an das Wohnsitzfinanzamt auf dem Lohnkonto zu vermerken.

(3) Der Antrag ist jährlich in dem Kalenderjahr zu stellen, für welches der Familienzuschlag beantragt wird; er gilt rückwirkend ab Beginn dieses Kalenderjahres.

(4) Personen, denen auf Grund ihres Antrages der Familienzuschlag ausgezahlt wird, haben über Aufforderung des Finanzamtes das Vorliegen der Voraussetzungen für den Anspruch nachzuweisen.

§ 9 d. Auf den Familienzuschlag sind die Bestimmungen der Abschnitte I und III dieses Bundesgesetzes betreffend die Familienbeihilfe sinngemäß anzuwenden, soweit in den §§ 9 bis 9 c nicht anderes bestimmt ist.“

4. In § 30 a wird als Abs. 6 angefügt:

„(6) Für Studierende an öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Akademien für Sozialarbeit im Inland gilt während der Absolvie-

rung des Langzeitpraktikums als Schulweg der Weg zu jener Einrichtung, an der das Langzeitpraktikum stattfindet.“

5. In § 30 g Abs. 1 wird als vierter Satz angefügt:

„Im Falle eines Langzeitpraktikums (§ 30 a Abs. 6) hat die Bestätigung gemäß § 30 e Abs. 3 die Akademie für Sozialarbeit auszustellen.“

6. § 31 Abs. 1 lautet:

„§ 31. (1) Zur Erleichterung der Lasten, die den Eltern durch die Erziehung und Ausbildung der Kinder erwachsen, sind Schülern, die eine öffentliche oder mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Pflichtschule, mittlere oder höhere Schule im Inland als ordentliche Schüler besuchen oder die die allgemeine Schulpflicht durch Teilnahme an einem Unterricht im Inland gemäß § 11 des Schulpflichtgesetzes 1985 erfüllen, die für den Unterricht notwendigen Schulbücher oder therapeutischen Unterrichtsmittel für Behinderte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.“

7. In § 31 a ist ein Abs. 5 anzufügen, der lautet:

„(5) Die Bestimmungen über die Schulbücher sind auch auf therapeutische Unterrichtsmittel für Behinderte anzuwenden, wenn diese Unterrichtsmittel schulbehördlich zugelassen und für den Unterricht erforderlich sind.“

8. § 31 c Abs. 1 lautet:

„§ 31 c. (1) Zur Ausgabe der Schulbücher oder der Gutscheine (§ 31 b Abs. 1) an die Schüler (§ 31 Abs. 1) sind die Schulerhalter der im § 31 genannten Schulen verpflichtet.“

9. In § 39 c erster Satz tritt anstelle des Ausdrucks „75 vH des gewöhnlichen Fahrpreises (Regeltarif)“ der Ausdruck „50 vH des gewöhnlichen Fahrpreises (Regeltarif)“.

10. In § 39 c wird als dritter Satz angefügt:

„Der Betrag ist unter Annahme von monatlich 60 Fahrten pro Schüler zu pauschalieren.“

Artikel II

(1) Für Kinder, die in den Jahren 1984 und 1985 geboren sind, genügt für die Erlangung der Sonderzahlung, abweichend von der Bestimmung des § 32 Abs. 5 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 in der Fassung BGBl. Nr. 556/1986, der

Nachweis, daß das Kind zwischen dem 37. und 72. Lebensmonat einmal ärztlich untersucht wurde.

(2) Auf diese Untersuchung sind die Bestimmungen des § 35 Abs. 4 und 5 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 in der Fassung BGBl. Nr. 556/1986 anzuwenden.

Artikel III

Für die Jahre 1988 und 1989 ist der gemäß § 39 c des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 in der Fassung BGBl. Nr. 604/1987 an die Haupt- und Nebenbahnen zu leistende Betrag unter der Annahme von monatlich 60 Fahrten pro Schüler zu pauschalieren.

Artikel IV

(1) Art. I Z 2, 3, 9 und 10 tritt mit 1. Jänner 1990 in Kraft.

(2) Art. I Z 4 bis 8 tritt mit 1. September 1989 in Kraft.

(3) Art. II tritt mit 1. Jänner 1987 in Kraft.

Artikel V

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie betraut.

Waldheim

Vranitzky

653. Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales vom 19. Dezember 1989 über die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz und dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1990

Auf Grund der §§ 108 b Abs. 1 und 2, 108 c und 108 i des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 189/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 642/1989, der §§ 47, 49 und 51 des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 560/1978, in der Fassung des Bundesgesetzes

BGBl. Nr. 643/1989, der §§ 45 und 47 des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 559/1978, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 644/1989 und des § 19 Abs. 5 des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 200/1967, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 283/1988 wird verordnet:

§ 1. Für das Kalenderjahr bzw. Beitragsjahr 1990 werden festgestellt:

1. der Meßbetrag nach § 108 b Abs. 2 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit 954,38 S;
2. die Höchstbeitragsgrundlage nach § 108 b Abs. 3 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes mit 960 S kalendertäglich;
3. die Aufwertungsfaktoren nach § 108 c des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes

für die Jahre	mit dem Faktor
1938 und früher	60,423
1939 bis 1946	53,705
1947	30,211
1948	18,132
1949	15,216
1950	12,079
1951	8,948
1952	8,055
1953	7,613
1954	7,163
1955	6,935
1956	6,625
1957	6,353
1958	6,180
1959	6,044
1960	5,597
1961	5,195
1962	4,792
1963	4,476
1964	4,184
1965	3,872
1966	3,636
1967	3,395
1968	3,222
1969	3,007
1970	2,800
1971	2,570
1972	2,329
1973	2,110
1974	1,893
1975	1,770
1976	1,654
1977	1,553
1978	1,473
1979	1,401
1980	1,330
1981	1,262

für die Jahre	mit dem Faktor
1982	1,214
1983	1,176
1984	1,129
1985	1,084
1986	1,052
1987	1,025

§ 2. Die Beträge, die für das Kalenderjahr bzw. Beitragsjahr 1990 an die Stelle im ASVG genannter fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in den Verordnungen vom 20. Dezember 1988, BGBl. Nr. 729, und vom 10. April 1989, BGBl. Nr. 186, angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. im § 5 Abs. 2 statt 198 S mit 203 S,
2. im § 5 Abs. 2 statt 595 S mit 610 S,
3. im § 5 Abs. 2 statt 2 593 S mit 2 658 S,
4. im § 44 Abs. 6 lit. a statt 438 S mit 449 S,
5. im § 44 Abs. 6 lit. b statt 163 S mit 167 S,
6. im § 56 a Abs. 2 statt 391 S mit 401 S,
7. im § 74 Abs. 1 statt 172 S mit 176 S,
8. im § 74 Abs. 1 statt 681 S mit 698 S,
9. im § 76 a Abs. 3 statt 159 S mit 163 S,
10. im § 76 b Abs. 1 statt 107 S mit 110 S,
11. im § 77 Abs. 4 statt 98 945 S mit 101 913 S,
12. im § 77 Abs. 4 statt 149 149 S mit 153 623 S,
13. im § 77 Abs. 4 statt 681 S mit 698 S,
14. im § 77 Abs. 4 statt 1 024 S mit 1 050 S,
15. im § 94 Abs. 4 statt 1 817 S mit 1 862 S,
16. im § 105 a Abs. 2 statt 2 542 S mit 2 618 S,
17. im § 105 a Abs. 2 statt 2 784 S mit 2 826 S,
18. im § 122 Abs. 4 statt 3 104 S mit 3 182 S,
19. im § 136 Abs. 3 statt 25 S mit 26 S,
20. im § 152 Abs. 1 statt 3 104 S mit 3 182 S,
21. im § 181 Abs. 1 statt 98 945 S mit 101 913 S,
22. im § 181 Abs. 2 statt 98 945 S mit 101 913 S,
23. im § 181 Abs. 2 statt 49 469 S mit 50 953 S,
24. im § 181 b lit. a statt 49 469 S mit 50 953 S,
25. im § 181 b lit. b statt 65 966 S mit 67 945 S,
26. im § 181 b lit. c statt 98 945 S mit 101 913 S,
27. im § 212 Abs. 3 statt 5 405 S mit 5 567 S,
28. im § 212 Abs. 3 statt 11 758 S mit 12 111 S,
29. im § 212 Abs. 3 statt 21 706 S mit 22 357 S,
30. im § 212 Abs. 3 statt 5 425 S mit 5 588 S,
31. im § 262 Abs. 2 statt 244 S mit 251 S,
32. im § 283 statt 831 S mit 856 S,
33. im § 288 Abs. 1 statt 12 481 S mit 12 855 S,
34. im § 288 Abs. 1 statt 124 814 S mit 128 558 S,
35. im § 292 Abs. 3 statt 2 247 S mit 2 314 S,
36. im § 292 Abs. 4 lit. h statt 1 307 S mit 1 340 S,
37. im § 502 Abs. 4 statt 209 S mit 214 S,
38. im § 522 k Abs. 2 statt 1 636 S mit 1 685 S,
39. im Art. VII Abs. 5 der 41. Novelle zum ASVG, BGBl. Nr. 111/1986, statt 367,80 DM mit 378,80 DM.

§ 3. Die im § 1 Z 3 angeführten, für das Kalenderjahr 1990 festgestellten Aufwertungs fakto-

ren sind auch im Bereich des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes verbindlich.

§ 4. Für das Kalenderjahr 1990 werden festgestellt:

1. der Meßbetrag nach § 48 Abs. 2 GSVG mit 954,38 S;
2. die Höchstbeitragsgrundlage nach § 48 Abs. 3 GSVG mit 33 600 S.

§ 5. Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1990 an die Stelle im GSVG genannter fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung vom 20. Dezember 1988, BGBl. Nr. 729, angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. im § 25 Abs. 5 statt 8 078 S mit 8 280 S,
2. im § 25 a Abs. 1 statt 12 342 S mit 12 651 S,
3. im § 60 Abs. 4 statt 1 817 S mit 1 862 S,
4. im § 74 Abs. 2 statt 2 542 S mit 2 618 S,
5. im § 74 Abs. 2 statt 2 784 S mit 2 826 S,
6. im § 92 Abs. 3 statt 25 S mit 26 S,
7. im § 144 Abs. 2 statt 244 S mit 251 S,
8. im § 149 Abs. 3 statt 2 247 S mit 2 314 S,
9. im § 149 Abs. 4 lit. h statt 1 307 S mit 1 340 S,
10. im § 170 Abs. 5 statt 3 104 S mit 3 182 S,
11. im § 236 lit. a statt 5 640 S mit 5 781 S,
12. im § 236 lit. a statt 3 148 S mit 3 227 S,
13. im § 236 lit. b statt 3 148 S mit 3 227 S,
14. im Art. III Abs. 5 der 10. Novelle zum GSVG, BGBl. Nr. 112/1986, statt 367,80 DM mit 378,80 DM.

§ 6. Die im § 1 Z 3 angeführten, für das Kalenderjahr 1990 festgestellten Aufwertungs fakto- ren sind auch im Bereich des Bauern-Sozialversiche- rungsgesetzes verbindlich.

§ 7. Die Beträge, die für das Kalenderjahr 1990 an die Stelle im BSVG genannter fester Beträge treten, werden unter Zugrundelegung der in der Verordnung vom 20. Dezember 1988, BGBl. Nr. 729, angeführten Beträge wie folgt festgestellt:

1. im § 23 Abs. 10 lit. a statt 3 581 S mit 3 671 S,
2. im § 30 Abs. 7 statt 107 S mit 110 S,
3. im § 56 Abs. 4 statt 1 817 S mit 1 862 S,
4. im § 70 Abs. 2 statt 2 542 S mit 2 618 S,
5. im § 70 Abs. 2 statt 2 784 S mit 2 826 S,
6. im § 86 Abs. 3 statt 25 S mit 26 S,
7. im § 135 Abs. 2 statt 244 S mit 251 S,
8. im § 140 Abs. 3 statt 2 247 S mit 2 314 S,
9. im § 140 Abs. 4 lit. h statt 1 307 S mit 1 340 S,
10. im § 162 Abs. 5 statt 3 104 S mit 3 182 S,
11. im Art. III Abs. 8 der 9. Novelle zum BSVG, BGBl. Nr. 113/1986, statt 367,80 DM mit 378,80 DM.

§ 8. Die Hundertsätze, die für das Kalenderjahr 1990 an die Stelle der im § 23 Abs. 2 BSVG

genannten Hundertsätze treten, werden wie folgt festgestellt:

im § 23 Abs. 2 Z 1 statt 8,86693 mit 9,08860,
 im § 23 Abs. 2 Z 2 statt 9,85215 mit 10,09845,
 im § 23 Abs. 2 Z 2 statt 8,00487 mit 8,20499,
 im § 23 Abs. 2 Z 2 statt 5,54184 mit 5,68039,
 im § 23 Abs. 2 Z 2 statt 4,49504 mit 4,60742,
 im § 23 Abs. 2 Z 2 statt 3,32510 mit 3,40823,
 im § 23 Abs. 2 Z 2 statt 2,46304 mit 2,52462,
 im § 23 Abs. 2 Z 2 statt 1,84728 mit 1,89346,
 im § 23 Abs. 2 Z 2 statt 1,41624 mit 1,45165.

§ 9. Für die Zeit ab dem 1. Jänner 1990 werden auf Grund des § 19 Abs. 5 B-KUVG die monatliche

Höchstbeitragsgrundlage mit 28 800 S und die monatliche Mindestbeitragsgrundlage mit 4 320 S festgestellt.

§ 10. Für das Kalenderjahr 1990 wird der im § 26 a Abs. 2 B-KUVG genannte Betrag statt mit 158 S mit 163 S festgestellt.

§ 11. Für das Kalenderjahr 1990 wird der im § 64 Abs. 3 B-KUVG genannte Betrag statt mit 25 S mit 26 S festgestellt.

Geppert



AMTLICHE SAMMLUNG
WIEDERVERLAUTBARER
ÖSTERREICHISCHER RECHTSVORSCHRIFTEN

Folgende Hefte sind lagernd:

<p style="text-align: center;">1945</p> <p>Heft 3: Vergnügungssteuergesetz für Wien ... S 1,—</p> <p style="text-align: center;">1949</p> <p>Heft 3: Wuchergesetz 1949 S 1,—</p> <p style="text-align: center;">1950</p> <p>Heft 2/3: Verwaltungsverfahren — Agrarverfahrens-Gesetz S 15,—</p> <p>Heft 4: Wiedereinstellungsgesetz 1950 S 4,—</p> <p>Heft 5: Epidemiegesetz 1950 S 7,—</p> <p style="text-align: center;">1951</p> <p>Heft 1: Agrarbehördengesetz 1950 S 2,—</p> <p>Heft 3: Paßgesetz 1951 S 6,—</p> <p>Heft 4: Kraftloserklärungsgesetz 1951 S 4,—</p> <p>Heft 9: Suchtgiftgesetz 1951 S 4,—</p> <p>Heft 10: Giftgesetz 1951 S 6,—</p> <p style="text-align: center;">1952</p> <p>Heft 2: Lebensmittelbewirtschaftungs- gesetz 1952 S 7,—</p> <p>Heft 3: Feuerschutzsteuergesetz 1952 S 4,—</p> <p style="text-align: center;">1953</p> <p>Heft 8: Sozialversicherungs-Überleitungs- gesetz 1953 — SV-ÜG. 1953 S 28,—</p> <p>Heft 9: Verwaltergesetz 1952 S 7,—</p> <p style="text-align: center;">1956</p> <p>Heft 2: Milchwirtschaftsgesetz 1956 S 7,50</p> <p>Heft 3: Getreidewirtschaftsgesetz 1956 S 6,50</p> <p>Heft 4: Viehverkehrsgesetz 1956 S 6,50</p> <p style="text-align: center;">1957</p> <p>Heft 6: Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Kriegsoferversorgungswesens... S 26,—</p> <p>Heft 7: Feiertagsruhegesetz 1957 S 8,—</p> <p style="text-align: center;">1959</p> <p>Heft 1: Arbeiterurlaubsgesetz 1959 S 2,80</p> <p>Heft 3: Wasserrechtsgesetz 1959 — WRG. 1959 S 50,—</p> <p style="text-align: center;">1961</p> <p>Heft 1: Heimarbeitsgesetz 1960 S 62,—</p>	<p style="text-align: center;">1962</p> <p>Heft 4: Gerichtliches Einbringungs- gesetz 1962 (GEG. 1962) S 10,—</p> <p>Heft 5: Gerichts- und Justizverwaltungs- gebührengesetz 1962 (GJGeb- Ges. 1962) S 40,—</p> <p style="text-align: center;">1964</p> <p>Heft 1: Hebammengesetz 1963 S 12,—</p> <p>Heft 2: Mühlengesetz 1963 S 14,—</p> <p style="text-align: center;">1965</p> <p>Heft 1: Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965 — VwGG. 1965 S 26,—</p> <p style="text-align: center;">1970</p> <p>Heft 5: Musterschutzgesetz 1970 S 18,—</p> <p style="text-align: center;">1971</p> <p>Heft 1: Bundespräsidentenwahlgesetz 1971... S 22,—</p> <p style="text-align: center;">1972</p> <p>Heft 1: Bundesgesetz über das Bundesge- setzblatt 1972 S 12,—</p> <p style="text-align: center;">1973</p> <p>Heft 1: Volksabstimmungsgesetz 1972 S 30,—</p> <p>Heft 2: Volksbegehrengesetz 1973 S 28,—</p> <p>Heft 3: Wählerevidenzgesetz 1973 S 30,—</p> <p style="text-align: center;">1975</p> <p>Heft 1: Strafprozeßordnung 1975 (StPO) S 88,—</p> <p style="text-align: center;">1977</p> <p>Heft 1: Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AIVG) S 44,—</p> <p style="text-align: center;">1978</p> <p>Heft 1: Wehrgesetz 1978 S 65,—</p> <p style="text-align: center;">1979</p> <p>Heft 1: Mutterschutzgesetz 1979 — MSchG . S 50,—</p> <p>Heft 2: Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publi- zistik S 35,—</p> <p>Heft 3: Presseförderungsgesetz 1979 S 30,—</p> <p style="text-align: center;">1981</p> <p>Heft 1: Mühlengesetz 1981 S 70,—</p>
---	--

Zu beziehen in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung
1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31, und durch alle Buchhandlungen